

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2/XX/196

Bonn, den 12. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Das Maß ist voll : ----- Hemmungsloser Machtkampf auf Kosten deutscher Politik Von Frank Sommer	50
2	Kossygin kam nicht an ----- Der dänische Ministerpräsident und die Bundesrepublik	23
3 - 4	Der Bildungsurlaub ----- Es fehlt die gesetzliche Regelung Von Dr. Ulrich Bohmer, MdB	32
4	Verdiente Würdigung ----- Österreichs Bundespräsident empfing deutsche Kommunalpolitiker	25
5	Studium an der Quelle ----- Pariser Sprachseminar junger deutscher Sozialdemokraten	31

Das Maß ist voll !

Hemmungsloser Machtkampf auf Kosten deutscher Politik

Von Frank Sommer

Die Sozialdemokratische Partei hat sich bislang geduldiger Zurückhaltung befleißigt, was den schier endlosen Streit um die Bildung einer neuen Regierung angeht. Diejenigen, die es angeht, können indessen nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, daraus die falschen Schlüsse zu ziehen. Solange es sich darum handelte, zwischen den drei Koalitionspartnern CDU, CSU und FDP in Sachgesprächen die politischen Ziele und die personelle Zusammensetzung einer neuen Regierung zu klären, ergab sich für die SPD keine Veranlassung, sich einzumischen; auch wenn das Koalitionskarussell schon in diesem Stadium einige Male gefährlich ins Schlingern geriet.

Es wäre aber ein Trugschluß auf Seiten derjenigen, die gegenwärtig den Versuch machen, die Koalition des Versagens, der Schwäche und der Führungslosigkeit zu erneuern, wenn sie meinten, die Sozialdemokratische Partei werde es dulden, daß bei diesem hemmungslosen Machtkampf deutsche Politik Schaden leidet.

Wenn einige in jenem Lager sich im Kampf um Posten und Einfluß selbst zerfleischen wollen, so mögen sie das tun; es ist ihre Sache. Aber daß sie auf Kosten der deutschen Politik und gegen deutsche Interessen handelnd ihre Intrigen spinnen wollen, kann nicht länger hingenommen werden. Es kann nicht Aufgabe der SPD sein, sich vor die Person des Außenministers zu stellen. Das mögen jene tun, die ihn seit Jahren mit der Führung der deutschen Außenpolitik beauftragt haben und von denen einige plötzlich einen "Verräter" in Schröder sehen wollen.

Was aber nicht hingenommen werden kann, ist - um nur ein Beispiel herauszugreifen - daß der Vorsitzende der größten Regierungspartei im Verein mit einigen anderen in seinem privaten Grabenkrieg gegen diesen Mann wie ein Elefant im Porzellanladen der deutschen Außenpolitik wütend das Vertrauenskapital leichtfertig aufs Spiel setzt, das sich das freie Deutschland bei seinen westlichen Nachbarn mühsam genug errungen hat. Es gilt noch heute, was Herbert Wehner seinerzeit über die Vorgänge vor und nach der Regierungsübernahme Erhards 1962 ausrief: "Dieses Volk wird ja verrückt gemacht von

einem Mann, der nicht mehr weiß, was er will". Frankreich betreibe im Verein mit der Sowjetunion eine Politik der "Einkreisung" Deutschlands - und das nur, weil Schröder Außenminister sei. Diesen hahnenbüchenden Unsinn verbreitet derselbe Mann, der sich so gerne als "Vater" der deutsch-französischen Freundschaft feiern lassen möchte.

Dies ist ebenso unerträglich wie die Tatsache, daß die Vorsitzenden der beiden größten Regierungsparteien der CDU und der CSU offensichtlich eine völlig entgegengesetzte Politik verfolgen wie der von ihnen gewählte Bundeskanzler. Es mag sein, daß einige beginnen, sich an diesen Zustand zu gewöhnen, weil er nun schon so lange andauert. Sie werden ein böses Erwachen erleben. Wer glauben möchte, eine solche Politik des "doppelten Bodens" an einer Sozialdemokratischen Partei vorbei machen zu können, die fast 40 Prozent aller Stimmen als Vertrauenskapital des deutschen Volkes hinter sich weiß, der hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Das Maß - so scheint uns - ist voll. Und der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.

+ + +

Kossygin kam nicht an

Der dänische Ministerpräsident und die Bundesrepublik

ep - Dem dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag, der sich derzeit auf einer Reise durch die Sowjetunion befindet, gebührt Lob und Anerkennung. Er hat sich als ein guter Freund der Bundesrepublik und des deutschen Volkes erwiesen. An einem Essen zu Ehren des dänischen Gastes beschuldigte der sowjetrussische Ministerpräsident Kossygin wieder einmal die Bundesrepublik des Revanchismus und der Kriegstreiberei. Er stellte sogar eine Verbesserung der sowjetisch-dänischen Beziehungen in Aussicht - und das würde praktisch verkehrte Aufnahme landwirtschaftlicher dänischer Produkte bedeuten - wenn Dänemark seine Bindungen zur NATO lockern und sich den sowjetischen Auffassungen über europäische Sicherheit annähern würde. Für das auf den Export von Agrarprodukten stark angewiesene Dänemark ist das gewiß ein verlockendes Angebot. Kossygin erhielt eine Abfuhr, er kam als Versucher bei Krag nicht an. Solange die Vereinten Nationen kein internationales Sicherheitssystem zu bieten hätten, müsse Dänemark in der NATO bleiben. Entschieden bestritt Krag die Unterstellung seines Gastgebers, die Bundesrepublik gefährde den europäischen Frieden, und er fügte hinzu, diese Ansicht habe er aus seiner Kenntnis der führenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik erlangt. Das ist ein gutes Wort, dafür sei ihm gedankt. Es muß Kossygin sehr verärgert haben, denn es ist wohl kein Zufall, daß die parteiantliche PRAWDA, ohne freilich Krag direkt zu nennen, die Polemik in einem langen Leitartikel fortsetzte.

+ + +

### Der Bildungsurlaub

Es fehlt die gesetzliche Regelung

Von Dr. Ulrich Lohrar, MdB

Der neugewählte Bundestag wird sich bald mit der Frage beschäftigen müssen, ob Arbeitnehmer in unseren Lande die Möglichkeit haben sollen, ihr Wissen in einem Bildungsurlaub zu erweitern und zu vertiefen. Die SPD und der Arbeitnehmerflügel der CDU stimmen mit den Gewerkschaften - dem DGB und der DAG - darin überein, daß ein solcher Bildungsurlaub notwendig ist. Warum?

Unseren Eltern und Großeltern war die Vorstellung vertraut, daß man einmal in seiner Jugend einen Beruf erlernte und dann mit dem erworbenen Wissen ein Leben lang auskommen konnte. Das ist in den nächsten Jahrzehnten für viele junge Menschen in vielen Berufen anders. Die rasche technische Entwicklung wird zu wirtschaftlichen Strukturveränderungen und damit zu anderen beruflichen Anforderungen führen. Sich diesen Wandlungen anzupassen, wird für viele Arbeitnehmer zu einer beruflichen Existenzfrage werden. Das ist der erste Grund, der für einen Bildungsurlaub spricht.

Vor allem junge Menschen jedoch sollten nicht nur die Chance zur beruflichen Fortbildung haben, sondern auch ihr Wissen als Staatsbürger weiter. Wer das will, muß eine Heimvolkshochschule besuchen können. Es ist müßig, über den geringen Grad an politischem Wissen bei vielen Mitbürgern zu klagen. Wir müssen etwas tun, um das Wissen um die Dinge der Politik zu verbessern. Das ist der zweite Grund für einen Bildungsurlaub.

Bundeskanzler Erhard hat sich bisher zu dieser so wichtigen Frage nicht geäußert. Einerseits fordert er uns auf, mehr zu arbeiten, andererseits hat er den Arbeitern für 1975 die 35-Stunden-Woche versprochen. Beides läßt sich nicht auf einer Nerner bringen. Die Leistungskraft unserer Wirtschaft hängt ja weniger davon ab, ob wir länger arbeiten; sie wird vielmehr bestimmt von der Ergiebigkeit unserer Arbeit, und die hängt wiederum ab von dem Stand der wissenschaftlichen Forschung, der technischen Entwicklung und ihrer Umsetzung in wirtschaftliche Produktionsformen. Auf der anderen Seite ist es unrealistisch, für alle Arbeitnehmer bald die 35-Stunden-Woche erwarten zu wollen. (Wenn wir einmal davon absehen, daß ein längerer und zusammenhängender Urlaub wohl sinnvoller wäre als eine weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit über die 40-Stunden-Woche hinaus.)

Wir sollten unsere wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten dazu nutzen, ein Mehr an Freizeit zunächst für einen Bildungsurlaub zu verwenden, und vor allem junge Leute sollten das tun. Dafür wird der Bundestag einen gesetzlichen Rahmen schaffen müssen, wobei - um das hinzuzufügen - sechs Tage pro Jahr für eine Fortbildung beruflicher oder staatsbürgerlicher Art kaum ausreichen dürften. Der Staat wird die mit einem Bildungsurlaub entstehenden finanziellen Belastungen in den öffentlichen Dienstleistungsbereichen weitgehender übernehmen müssen als in den produktiven Sektoren der Wirtschaft. Dort sollte man sich mehr auf die Einsicht der Arbeitgeber verlassen dürfen, die ja ein elementares Interesse an der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter haben müssen.

Insbesondere die jungen Arbeitnehmer aber müssen einen Teil der Zeit, die ihnen sonst als Freizeit zuwachsen könnte, für ihre berufliche oder staatsbürgerliche Fortbildung verwenden. Die Realisierung des Bildungsurlaubs wird also der staatlichen Gemeinschaft, der Wirtschaft und den daran interessierten Arbeitnehmern einen jeweils angemessenen Beitrag abfordern. Daß wir alle den Sinn des Bildungsurlaubs begreifen, ist wichtig für die weitere Entwicklung sowohl unserer Wirtschaft wie unseres demokratischen Gemeinwesens.

+ + +  
Verdiente Würdigung  
-----

Österreichs Bundespräsident empfing deutsche Kommunalpolitiker.

sp - Der österreichische Bundespräsident Franz Jonas hat anlässlich der Einweihung der neuen deutschen Botschaft in Wien den Bundestagsabgeordneten Gerhard Flämig (SPD) als Vertreter der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas sowie den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister a. D. Dr. Werner Bockelmann als Vertreter der deutschen Sektion des Internationalen Gemeindeverbandes empfangen. Sie waren in die österreichische Hauptstadt gekommen, um die Kommunalpolitiker der Bundesrepublik auf der Jubiläumsveranstaltung des Österreichischen Städtebundes zu vertreten.

Zuvor hatten beide an einer wichtigen Sitzung des neu gegründeten Verbindungskomitees zwischen dem Rat der Gemeinden Europas und dem Internationalen Gemeindeverband teilgenommen. - Beim Empfang durch den Bundespräsidenten überreichte MdB Flämig dem österreichischen Staatsoberhaupt im Auftrage der deutschen Sektion des RGE ein europäisches Buchgeschenk. Bundespräsident Jonas, der aus seiner früheren Tätigkeit als langjähriger Bürgermeister der Stadt Wien MdB Flämig und den früheren Frankfurter OB Dr. Bockelmann bereits kannte, bat, den deutschen Kommunalpolitikern herzliche Grüße zu übermitteln. Er freue sich, daß so viele deutsche Kommunalpolitiker aktiv in den großen europäischen kommunalen Spitzenverbänden mitarbeiteten. Die Mitwirkung von Politikern aus der kommunalen Praxis beim Aufbau der europäischen Institutionen sei die beste Garantie dafür, daß das von allen gutwilligen Europäern erstrebte vereinte Europa nicht eine Institution von "heimatlosen Technokraten" werden, sondern, wie er hoffe, ein Europa der Völker in einer Zukunft der Freiheit und des Friedens.

### Studium an der Quelle

---

#### Pariser Sprachseminar junger deutscher Sozialdemokraten

H.S. - Zum erstenmal führt der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SED in Verbindung mit der Gesellschaft für praktisches Auslandswissen e.V. ein zweiwöchiges Sprachseminar in Paris durch. Vierzig junge sozialdemokratische Mitglieder haben Gelegenheit, ihre vorhandenen französischen Grundkenntnisse in der französischen Hauptstadt zu verbessern. Jeden Vormittag finden einige Unterrichtsstunden statt, bei denen mit modernen Unterrichtsmethoden in Sprachlaboratorien gearbeitet wird. An den Nachmittagen haben die Seminarteilnehmer Gelegenheit, bei Spazierfahrten die Stadt und ihre Umgebung kennenzulernen, sich durch fachkundige Führungen mit den Kulturgütern Frankreichs bekannt machen zu lassen und bei Film- und Theaterveranstaltungen weitere Sprachkenntnisse zu erwerben.

Die Unterhaltungen während des Unterrichtes und bei den Führungen finden nur in französischer Sprache statt. Erfreulich ist, daß sich eine Reihe von Professoren, Politikern und Journalisten bereit erklärt haben, ebenfalls an den Nachmittagen oder in den Abendstunden für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung zu stehen. So wird z.B. der Präsident der Internationalen Kommission der Sozialistischen Partei Frankreichs, Gérard Jaquet, zum Thema "Frankreich und die europäische Konstruktion" sprechen. René Schmidt, der zweite Generalsekretär der S.F.I.O. und frühere Bürgermeister von Cherbourg wird seine deutschen Freunde mit der Außenpolitik seiner Partei vertraut machen. Zahlreiche Einladungen zu Jugendclubs liegen bereits vor, so daß die jungen Deutschen auch Gelegenheit haben werden, mit der Jugend Frankreichs bei Gesprächen und Unterhaltung Vorurteile abzubauen zu helfen.

Die deutschen Jungsozialisten wollen, wenn sich dieses erste kombinierte Seminar, bei dem Sprachkenntnisse erweitert und die Situation des Landes kennengelernt werden, bewährt, im nächsten Jahr in größerem Maße solche Seminare veranstalten.